

EDITORIAL

Der alte Traum vom Nachtwächterstaat

„Die Vereinigung Österreichischer Industrieller sieht in den vorliegenden Leitlinien nicht nur einen Katalog von Ansprüchen und Forderungen. Sie will mit diesen programmatischen Aussagen eine Charakterisierung ihres Selbstverständnisses geben. Mit diesem verbandspolitischen Orientierungsrahmen will sie ihre Verantwortung in Staat und Gesellschaft konkretisieren und ihre zukunftsbezogenen Handlungsmaximen ihren Mitgliedern und auch der Öffentlichkeit gegenüber darlegen.“

Mit diesen Sätzen beginnt das neue „Programm 80“ der Vereinigung Österreichischer Industrieller, das vor einigen Wochen der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Damit ist in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum das dritte derartige Programm einer Unternehmerorganisation präsentiert worden. 1978 veröffentlichten die Bundeskammer ihr sogenanntes „Grundsatzprogramm der Handelskammerorganisation“ sowie die Sektion Industrie ein „Strukturkonzept für die Industrie“.

Diese Häufung von Versuchen, den eigenen Standort zu bestimmen – denn dies ist eine wesentliche Funktion von Programmen – deutet auf den Grad politischer Desorientierung hin, der in der österreichischen Unternehmerschaft vorherrscht. Denn in zehnjähriger Regierungszeit hat die Sozialistische Partei Österreichs die Wirtschaft keineswegs zugrundegerichtet, wie das dem Freund-Feind-Denken mancher Unternehmer, vor allem aber ihrer Funktionäre, vielleicht entsprochen hätte. Dieses Phänomen verlangt geradezu nach Überlegungen über den eigenen Standort und die eigene Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft. Insofern fällt solchen Programmen auch eine wichtige demokratische Funktion zu.

Die beiden ersten Versuche waren jedoch eine Enttäuschung. Im Mittelpunkt dieser zwei Konzepte stand zwar seiner Bedeutung entsprechend das Verhältnis von Wirtschaft und Staat, doch konnte man sich offenbar nicht dazu durchringen, die heile Welt der vollkommenen Konkurrenz, in der die Unternehmer als alleinige Träger des wirtschaftspolitischen Geschehens alle Probleme in bestmöglicher Weise lösen, als Leitbild aufzugeben. Es fällt offenbar noch immer schwer, dem Staat – in der Programmatik wohlgermerkt, nicht in der

Praxis – mehr als eine etwas aufgewertete „Nachtwächterrolle“ zuzubilligen.

Auch das „Programm 80“ der Vereinigung Österreichischer Industrieller beschäftigt sich gleich auf seinen ersten Seiten mit dem für die Organisation so leidigen Problem. Dabei erregt eine Formulierung, die zu den bisher bekannten Aussagen von Unternehmervertretern im Widerspruch steht, die Aufmerksamkeit. Unter der Überschrift „Unser Verhältnis zum Staat“ wird festgestellt: „In unserem Bekenntnis zum wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ordnen wir dem Staat durchaus *keine bloße Nebenrolle* zu. Vielmehr bedarf gerade die Marktwirtschaft eines handlungsfähigen Staates, der ihre Existenzbedingungen, wie unter anderem Wettbewerb und Freiheit des unternehmerischen Handelns, garantiert.“ Doch so erfreulich diese grundsätzlichen Aussagen sind, die Erwartung des Lesers wird enttäuscht, sie mit konkretem Inhalt ausgefüllt zu finden. Zunächst werden rund um diese Formulierung die Begriffe Konkurrenz und Marktwirtschaft in der altbekannten Idylle dargestellt. Da wird der Wettbewerb als „das wichtigste Organisationselement der Sozialen Marktwirtschaft“ bezeichnet, und als Wesensmerkmal des Wettbewerbssystems wird „die Dezentralisierung der Planungs- und Entscheidungsprozesse, an denen möglichst viele selbständige Entscheidungsträger teilnehmen sollen“, genannt. Dieses harmonische Grundkonzept wird noch durch einige Vokabel wie Selbständigkeit, Eigenverantwortung, Privateigentum und Leistung geschmückt und dann mit jenem Satz garniert, der die soeben vorgenommene grundsätzliche Bejahung der Staatstätigkeit in modernen Wirtschaftssystemen wieder auf ihren gewünschten Gehalt zurückführt. Es heißt: „Aufgabe des Staates ist es somit, die Bedingungen, unter denen in dezentraler Form wirtschaftlich geplant und entschieden werden kann, zu fördern und dort wiederherzustellen, wo sie gestört sind.“ Und schließlich: „Die Vereinigung Österreichischer Industrieller wendet sich daher dem Grundsatz nach gegen jede wirtschaftspolitische Intervention, die den Marktmechanismus stört, weil diese notgedrungen weitere Eingriffe nach sich zieht.“ Worauf diese etwas gewundenen Formulierungen hinauslaufen, wird wenig später klar: „Eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen und kurzsichtiger Eingriffe in den Marktmechanismus sowie Versäumnisse bei der wirksamen Bereinigung von Strukturproblemen haben unsere Wirtschaft mit Schwierigkeiten

konfrontiert ... notwendige Sanierungsmaßnahmen machen es daher unumgänglich, die bereits jetzt vorhandenen marktwirtschaftlichen Eingriffe und künftigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik auf ihre Unbedenklichkeit und marktwirtschaftliche Systemkonformität hin zu überprüfen.“

Diese langen Zitate sollen keine Verteidigungsrede der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik einleiten, obwohl die Lektüre des „Programm 80“ geeignet wäre, auch einen der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik zuweilen kritisch gegenüberstehenden Zeitgenossen dazu zu provozieren. Sie sollten nur zeigen, daß das überraschende grundsätzliche Ja der Industriellenvereinigung zu einer wirtschaftspolitisch aktiven Rolle des Staates in Wirklichkeit so ernst nicht gemeint war. Leider ist damit wieder einmal klargestellt, daß die Industriellenvereinigung nicht daran denkt, von der rituellen Bejammern des eigenen Zustandes, an dem immer und prinzipiell der Staat schuld sein soll, abzugehen.

Es ist hier nicht der Ort, eine umfangreiche Untersuchung darüber anzustellen, welche Rolle dem Staat nun eigentlich in einem entwickelten kapitalistischen System zukommt. Hier können nur einzelne Aspekte aufgegriffen werden, die einige der wunden Punkte der Argumentation des „Programmes 80“ exemplarisch betrachten.

Durch den gesamten Grundsatzteil des „Programmes 80“ zieht sich das Wort Wettbewerb. Er ist, wie immer wieder beteuert wird, das zentrale Organisationselement des Wirtschaftsprozesses und bewirkt eine optimale Allokation der Produktionsfaktoren etc. pp. Daher benötigt man eine Wettbewerbsordnung, denn „nur diese schützt vor der Lähmung des Marktmechanismus sowie der Abwälzung der Risiken fehlerhafter Planung auf die Allgemeinheit“. Der Staat hat für diese Wettbewerbsordnung zu sorgen.

Es ist nur recht und billig, daß der Leser – und auch der Unternehmer – nach so viel Beweihräucherung des Wettbewerbs auch erfährt, worin denn nun eine solche Wettbewerbsordnung bestehen soll. Schließlich ist ja anzunehmen, daß der Industriellenvereinigung hier etwas vorschwebt, was den Mißbrauch von Marktmacht und daraus resultierende Wettbewerbsverzerrungen und Störungen des Wirtschaftsgefüges verhindern soll. Wer dies erwartet, kann den tiefblauen Band getrost aus der Hand legen. Denn das, wozu sich die Industriellenvereinigung fast schon am Ende des 80-Seiten-Programms aufrafft, ist eher eine operettenhafte Aussage.

Hier ist im Kapitel „Wirtschaftsrecht und Wettbewerb“ zu lesen: „Die *vermeintliche* Macht der Anbieter, der man im wesentlichen durch das Kartellgesetz zu begegnen *trachtet* (sic!), wurde von einer *offensichtlichen* Macht der Abnehmer abgelöst... Das vorhandene rechtliche Instrumentarium wird in seiner praktischen Durchsetzbarkeit zwar den Bedürfnissen einer *Kontrolle der Anbieter* gerecht, nicht aber der *Nachfragemacht*. Besonderes Augenmerk muß den *Nachfragemonopolen der öffentlichen Auftraggeber* geschenkt werden...“ (Hervorhebungen von uns). Billiger geht's wohl nicht mehr. Wenn im Wettbewerb etwas nicht stimmt, dann sind die Konsumenten und die öffentliche Hand die Schuldigen.

Noch an einem zweiten Beispiel soll die Unzulänglichkeit des „Programmes 80“ gezeigt werden: an den Vorstellungen zur Industriepolitik. Die strukturpolitischen Betrachtungen des Programms stehen teilweise im Widerspruch zu anderen Vorschlägen. So heißt es hier: „Die Aufgabe der staatlichen Strukturpolitik ist es daher, die unternehmerische Strukturpolitik, die unternehmerische Innovation und Marktanpassung flankierend zu fördern, international bedingte Wettbewerbsverzerrungen aufzufangen und soziale Auswirkungen struktureller Anpassungen durch geeignete Übergangsmaßnahmen abzufedern. Die Strukturpolitik unterstützt die Entfaltung unternehmerischer Initiativen und *wird vom Markt her bestimmt*“ (Hervorhebungen von uns). Gerade die in der jüngsten Vergangenheit diskutierten Strukturschwächen der österreichischen Industrie zeigen, daß das Reagieren im Zeitpunkt der vor sich gehenden Marktveränderungen zu spät ist und nur allzu oft nicht in Richtung Strukturverbesserung geht. Nicht selten haben wir erleben müssen, daß wichtige Weichenstellungen der industriellen Entwicklung nicht vorgenommen wurden. Dabei liegt die „Schuld“ zum Teil in der bornierten Kurzsichtigkeit vieler Unternehmer, vor allem aber in der Tatsache, daß langfristige Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – wie Energie- und Rohstoffprobleme, Technologietransfer in die Dritte Welt, Umweltschutzmaßnahmen, Verkehrsplanung, Übergang zu know-how-intensiven Produkten und ähnliches – mit dem zwangsweise kurzfristigen Horizont eines Unternehmers und mit den bestenfalls mittelfristig wirkenden Knappheitssignalen des Preises nicht bewältigt werden können, sondern der staatlichen Absicherung bedürfen. Unserer Meinung nach ist es daher notwendig, Technologiekonzepte zu

entwickeln und den Strukturwandel auch durch staatliche Eingriffe in die langfristig notwendige Richtung – wo eine solche erkennbar ist – voranzutreiben.

Ungeachtet aller prinzipiellen Einwände gegen Staatseingriffe in weiten Teilen des Programms kommt die Industriellenvereinigung – offenbar aus Einsicht in die Notwendigkeit, die ja bekanntlich seit Engels die wahre Freiheit ist – zu der Schlußfolgerung: „Direkte Förderungen für die Industrie stellen ein wichtiges Instrument der Industriepolitik dar.“ Ob es aber möglich ist, die verschiedenen von der Industriellenvereinigung begrüßten staatlichen Förderungsmaßnahmen mit der Forderung in Einklang zu bringen, daß der Ansatzpunkt der Förderung „betriebswirtschaftlicher Natur“ zu sein hat, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Dies hängt nicht zuletzt davon ab, wie oft Vertreter einzelner Industrien unter Mißachtung ihres eigenen Programms den Weg in die Wiener Himmelpfortgasse suchen werden.

So bleibt auch nach der Abfassung jenes Konzepts, das die wirtschaftspolitischen Leitlinien der Industriellenvereinigung in den wichtigen achtziger Jahren darstellen soll, das Selbstverständnis von Österreichs Industriellen und Managern ungeklärt diffus und vor allem unrealistisch. Man versucht, die Fiktion vom Markt als alleinigem Organisationsprinzip aufrechtzuerhalten, und übersieht dabei, daß sich seit den Zeiten eines Adam Smith, der seine Idealvorstellung einer Marktwirtschaft unter ganz anderen Rahmenbedingungen und gegenüber einer ganz anders strukturierten Staatsmacht formulierte, die Welt mehr als einmal völlig verändert hat. Man will den Staat in seiner tatsächlichen Funktion nicht zur Kenntnis nehmen und vollführt die abenteuerlichsten geistigen Verrenkungen, um dieses Ziel zu erreichen. Dadurch wird es unmöglich, den Markt als das zu sehen, was er ist: eine von mehreren Institutionen, deren sich die Gesellschaft bedient (bedienen muß), um die allokativen und distributiven Ziele zu erreichen.

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller bzw. ihre Exponenten werden, falls sie die wirtschaftspolitische Diskussion in den achtziger Jahren mitbestimmen wollen, sich wohl oder übel dazu aufrufen müssen, die Probleme des kommenden Jahrzehnts mit Konzepten und Instrumenten der achtziger Jahre dieses und nicht des 18. Jahrhunderts zu bewältigen.